



Antrag

Vorlage: AT/0073/2019		Datum: 14.08.2019			
Verfasser:	08-Ratsfraktion Die Linke			Az.:	
Betreff:					
Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen LINKE, Grüne, SPD, WGS: Livestreaming					
Gremienweg:					
29.08.2019	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		

Beschlussentwurf:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich, spätestens bis Ende des Jahres, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass öffentliche Ratssitzungen künftig live im Internet auf der Onlinepräsenz der Stadt Koblenz übertragen werden können, sowie ergänzend die Einrichtung einer Fernsehübertragung zu prüfen. Hierzu wird die Verwaltung nach einem geeigneten Medienpartner suchen. Des Weiteren wird die Stadtverwaltung beauftragt, eine Änderung der Hauptsatzung zu erarbeiten. Als Beispiel soll der Entwurf in der Anlage 1, nach Vorbild der Stadt Trier, dienen.

Begründung:

Immer mehr Städte in Deutschland gehen dazu über, die öffentliche Sitzung ihres Stadtrats live im Internet übertragen. Der Koblenzer Stadtrat sollte ein größtmögliches Interesse an der Erweiterung des Kreises der politisch interessierten und involvierten Bevölkerung haben. Ein niedrigschwelliges Angebot zur Begleitung der Ratssitzung kann dazu einen Baustein bilden.

Die Stadt Trier nehmen wir als Vorbild, in der sich bereits seit längerer Zeit die audiovisuelle Aufzeichnung der Sitzung durch den OK54 bewährt hat. Der Vorteil der Bereitstellung über eine Plattform wie Youtube ist gerade für berufstätige Bürgerinnen und Bürger nicht zu unterschätzen.

Politische Partizipation sollte so wenig wie möglich an technischen Hürden scheitern. Die Auswahl zwischen eigener Teilnahme, Live-Stream, und Videoarchiv stellt die breiteste mögliche Angebotsvielfalt für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt dar. Mit weniger sollte sich der Stadtrat nicht mehr zufriedengeben.